

Rede Ulf Thiele MdL

stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

- Es gilt das gesprochene Wort. -

TOP 14b: Aktuelle Stunde der Fraktion der CDU Steigende Preise belasten die wirtschaftliche Erholung sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Zeit für Entlastungen bei den Energiepreisen!

• Analyse: Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise auf Rekordniveau

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, haben die Aktuelle Stunde zur Preisexplosion insbesondere der Energiepreise angemeldet, weil wir in großer Sorge sind. Die Verbraucherpreise für Energie sind nach offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes vom 24. Januar binnen eines Jahres um satte 18,3 Prozent gestiegen. Sie sind der gewichtigste Treiber der Inflationsrate von aktuell sage und schreibe 5,3 Prozent!!!

- Die explodierenden Energiepreise treffen die sozial Schwachen, die alleinerziehende Mutter, die Witwe mit kleiner Rente, hart.
- Sie belasten die fleißige Mitte unserer Gesellschaft, die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer, die jeden Tag lange Wege zur Arbeit fahren, die ihre Kredite bedienen und jeden Euro umdrehen müssen, schwer.
- Und die Energiepreise werden zu einer unkalkulierbaren Belastung für unsere Industrie, für Handwerk und Gewerbe und damit für die wirtschaftliche Erholung in dieser schweren pandemischen Krise.

• Die Bundesregierung handelt nicht! Indikativ vs. Konjunktiv.

Wir haben den Eindruck, dass die neue Bundesregierung den sozialen Sprengsatz unterschätzt, der in der Explosion der Energiepreise steckt.

Das Zögern und Zaudern der Bundesregierung in dieser Frage macht den Menschen zunehmend Sorge.

Herr Ministerpräsident, dass Sie gestern in der Debatte unsere Forderungen

- nach einer schnellen Abschaffung der EEG-Umlage,
- nach einer Erhöhung des Heizkostenzuschusses,
- nach einer deutlichen Senkung der Stromsteuer und
- nach einer Anhebung der Pendlerpauschale

so deutlich unterstützt haben, freut uns. Und auch einzelne Äußerungen aus der Ampel-Koalition im Bund sind positiv.

Aber die Bundesregierung muss jetzt zügig von der Politik im Konjunktiv zu einer Politik im Indikativ – also vom Philosophieren ins Machen kommen. Die Erklärungen, dass die Energiekosten gesenkt werden müssten, hilft der Rentnerin, dem Pendler und dem Handwerker nicht. Diese Menschen müssen jetzt Taten sehen!

• 8 konkrete Maßnahmen, um die Energiepreise zu entlasten

In dieser Lage muss die Bundesregierung kurzfristig einen Bund-Länder-Energiegipfel einberufen um eine Energiepreisbremse zu vereinbaren – nicht irgendwann, sondern jetzt!

8 Maßnahmen für eine wirkungsvolle Energiepreisbremse:

1. Abschaffung der EEG-Umlage – sofort, nicht erst 2023
2. Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger verdoppeln – dauerhaft, statt einmalig. Bei der aktuellen Energiepreis-Entwicklung ist der vom Bund geplante Heizkostenzuschuss, als würde man einen Beinbruch mit einem Pflaster behandeln.
Plan der Koalition: 700.000 Haushalte: 135 Euro für alleinlebende Wohngeldempfänger, 175 Euro für Paare, Volumen: 130 Mio. Euro
Frankreich federt Energiepreise mit 8 Mrd. Euro ab
3. Senkung der Stromsteuer von 2,05 Ct/KWh auf 0,1 Ct/KWh für Privathaushalte und auf 0,05 Ct/KWh für Gewerbe (von der EU festgelegtes Mindestmaß)
Dies wäre eine spürbare Entlastung der mittelständischen Wirtschaft und ist – gemeinsam mit der Abschaffung der EEG-Umlage – zugleich die Voraussetzung für den Umbau der Stahl- und der chemischen-Industrie auf klimaneutrale Produktionsweise.

4. Regulierung von Strom-Billiganbietern, um Auswüchse, wie sie aktuell hunderttausende Stromkunden durch die Massenkündigung von Stromverträgen erleben, zu verhindern.
5. Mehrwertsteuer für Erdgas, Erdwärme und Fernwärme sowie auf Kraftstoff auf sieben Prozent senken.

Das auch auf die 65,4 Cent Energiesteuer pro Liter Benzin 19 Prozent Mehrwertsteuer aufgeschlagen werden, ist kaum zu erklären.

6. steuerliche Angleichung von Diesel und Benzin stoppen
(Bundesrats-Initiative von Niedersachsen und Bayern aus 2021 wurde leider von den SPD-geführten Ländern gestoppt)
7. Eine dynamischen Pendlerpauschale (Wegegeldpauschale) einführen – in Abhängigkeit zu den Energiepreisen
8. Die Energiewende braucht Augenmaß, sonst verliert sie die Akzeptanz der Menschen. Übergangstechnologien wie Gas als Energieträger im System belassen, nationale Gasreserven erhöhen, in Gas- / Wasserstoff-Infrastruktur investieren, Lieferdiversität sichern um Abhängigkeiten zu vermeiden.

Dies sind acht konkrete Maßnahmen, die sofort und erheblich die Energiepreise abbremsen. Sie entlasten die sozial Schwachen. Sie schützen die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. Sie stärken Industrie und Mittelstand und stabilisieren die wirtschaftliche Erholung.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie jede dieser Maßnahmen jetzt mit den Ländern zeitnah diskutiert und Entscheidungen trifft: nicht im Konjunktiv, sondern im Indikativ: Machen statt Philosophieren!

- **Stopp der KfW-Programme korrigieren**

Schlussendlich: Auch die Entscheidung von Bundes-Klimaschutzminister Habeck, die KfW-Förderprogramme für energieeffizientes Bauen und Sanieren vorzeitig zu stoppen, wirkt extrem preistreibend. Dieser Förderstopp verteuert – ohne Vorwarnung – mehr als 24.000 Bauprojekte in Deutschland erheblich und bringt viele davon in finanzielle Schieflage.

Herr Habeck hat mit dieser Maßnahme einen riesen Vertrauensschaden in die KfW verursacht. Er hat den Spezialfirmen für energieeffizientes Bauen wirtschaftlich schwer geschadet. Und er nötigt die Bauherren dazu, auf Maßnahmen zur Energieeffizienz zu verzichten, um ihre Projekte zu retten. Damit schadet er dem Klima.

Diese Entscheidung ist grundfalsch und muss sofort zurückgenommen werden!

- **Schlussbemerkung**

Wir in Niedersachsen – Wirtschaftsminister Althusmann vorneweg – unternehmen große Anstrengungen, um gestärkt aus dieser Krise zu kommen. Die rasant steigenden Energiepreise werfen uns alle dabei erheblich zurück. Deshalb brauchen wir die Energiepreisbremse!

Wir wollen nicht, dass die Energiepreise springen.

Wir wollen mit Niedersachsen weiterspringen!